

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/022(VI)/16			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 21.09.2016	Altes Rathaus, Franckesaal	17:00Uhr	18:45Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 17.08.2016
- 4 Bürgersprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Fortschreibung Seniorenpolitisches Konzept – 2018 bis 2022
BE: V/02 DS0309/16
 - 5.2 Bericht Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft 2016 und
Infrastrukturplanung psychiatrische und psychosoziale Versorgung
BE: V/02 DS0310/16

6 Informationen

- 6.1 Entwicklung der Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU) gemäß § 22 Abs. 1 SGB II, Umzugskosten gemäß § 22 Abs. 6 SGB II und einmaliger Beihilfen gemäß § 24 Abs. 3 SGB II; Stichtag 30.06.2016
BE: Amt 50 I0255/16

7 Anträge

- 7.1 Berichterstattung aus dem Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung
BE: Stadträtin Keune

8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Kornelia Keune

Mitglieder des Gremiums

Matthias Boxhorn

Manuel Rupsch

Christian Hausmann für Birgit Steinmetz

Monika Zimmer

Alfred Westphal

Sachkundige Einwohner/innen

Andreas Poppe

Katharina Ronstedt

Geschäftsführung

Jens Lukassek

Gäste

Uwe Schmidt PSAG

Matthias Wenk PSAG

Abwesend:

Sachkundige Einwohner/innen

Enrico Schleef

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Stadträtin Keune, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. 6 Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form bestätigt.

Abstimmung: 6-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 17.08.2016

Herr Hausmann trägt eine Änderung zur Anwesenheitsliste vor und ergänzt, dass Herr Pfister als Gast anwesend war.

Des Weiteren ergänzt er, dass die SPD eine Auszeit gewünscht hat und diese abgelehnt wurde. Die Niederschrift wird in veränderter Form bestätigt.

Abstimmung: 6-0-0

4. Bürgersprechstunde

Es sind keine Bürger zur Sprechstunde anwesend.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Fortschreibung Seniorenpolitisches Konzept – 2018 bis 2022

Vorlage: DS 0309/16

Herr Dr. Gottschalk bringt die DS ein. Mit dem Beschluss Nr. 1870-65(V)13 zur Drucksache DS0161/13 zum "Seniorenpolitisches Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg" wurde die Berichterstattung über die Umsetzung der Maßnahmen in 2016 und die Fortschreibung des Konzeptes für den Zeitraum 2018 bis 2022 beauftragt. Die Fortschreibung des Konzeptes soll entsprechend des Verständnisses von Sozialplanung als ein beteiligungsorientierter Prozess unter Einbeziehung von Seniorenbeirat, freien Trägern, Bürgern, Kommunalpolitikern und weiteren gesellschaftlichen Akteuren erfolgen. Zu dem bestehenden "Seniorenpolitisches Konzept der Landeshauptstadt Magdeburg" von 2013 sollen mit der Fortschreibung auch die Auftragslagen für die Einrichtungen mit Bezug zur Seniorenarbeit festgeschrieben werden. Stadtrat Westphal sagt, dass so ein Konzept nicht wirklich greifbar für die Einwohner ist und fragt, wie darauf aufmerksam gemacht wird? Herr Dr. Gottschalk antwortet, dass dies doch eher eine allgemeine Frage ist, wie die Bürger näher an die Politik gebracht werden können. Stadtrat

Westphal erinnert an das Rathausfest, welches nächste Woche stattfindet, und wünscht sich, da die meisten Besucher eher Senioren sind Flyer zur die das Konzept beschreiben sollen. Stadträtin Keune befürwortet die Flyer zum Rathausfest. Herr Dr. Gottschalk kann sich kleine Handzettel oder Flyer sehr gut vorstellen. Herr Dr. Hildebrand möchte, dass der Seniorenbeirat bei der Erstellung von Drucksachen, die auch wie diese den Seniorenbeirat betreffen, mehr miteinbezogen wird. Stadtrat Hausmann befürwortet die Flyer und möchte diese auch in Pflegeheimen und Seniorenzentren ausliegen nicht nur beim Rathausfest. Des Weiteren findet Stadtrat Hausmann die Punkte 6.1 und 6.2 der Anlage 1 „Bericht zur Umsetzung der Maßnahme“ gut und möchte unter anderem die Konzertreihe „Musik am Nachmittag“ unterstützen. Herr Dr. Gottschalk bezieht sich auf die Aussage von Herrn Dr. Hildebrand und äußert, dass die Akteure zur Beschlussfassung feststehen und wenn man den Seniorenbeirat dazu nimmt, dass dann wieder ein anderes Gremium fehlt und auch mit einbezogen werden möchte. Zu jedem Handlungsfeld werden bei der Erstellung die betreffenden Akteure einbezogen. Herr Dr. Gottschalk ergänzt, dass er im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit kleine Handzettel zur Information bereitstellen will und wird prüfen, ob in Zukunft noch mehr Infomaterial erstellt werden kann. Stadträtin Zimmer unterstützt das Konzept und findet die Bereitstellung einer Informationsbroschüre ebenfalls gut. Sie stellt sich unter Punkte 1.2 der Anlage 1 „Bericht zur Umsetzung der Maßnahme“ die Umsetzung der ehrenamtlichen Besuchsdienste sehr schwer vor. Stadtrat Westphal bezieht sich auf die Aussage von Herrn Dr. Hildebrand und entgegnet, dass der Oberbürgermeister den Seniorenbeirat nicht als Bestandteil der Verwaltung ansieht und deswegen auch nicht bei der Erstellung von Drucksachen automatisch miteinbezogen wird. Stadtrat Westphal empfiehlt, dass der Seniorenbeirat solches in seiner Sitzung besprechen und über die Fraktionen einbringen könnte. Stadträtin Keune berichtet das der Arbeitskreis „Seniorenfragen und Altenplanung“ in seiner Sitzung am 19.09.2016 über die Drucksache diskutierte und hält es für angebracht, dass der Seniorenbeirat zu der DS0309/16 unter Beschlusspunkt 4 wie folgt mit einbezogen wird „Der Seniorenbeirat ist zu beteiligen“. Stadträtin Keune fragt, ob die Mitglieder des GeSo´s damit einverstanden sind und bekommt Zustimmung. Daraufhin fordert Stadträtin Keune den GeSo zur Abstimmung auf. Die Drucksache 0309/16 wird unter geänderter Form empfohlen
Abstimmung: 6-0-0.
Die DS wird in geänderter Form dem Stadtrat empfohlen.

5.2. Bericht Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft 2016 und
Infrastrukturplanung psychiatrische und psychosoziale
Versorgung
Vorlage: DS0310/16

Herr Dr. Gottschalk bringt die Drucksache ein. Es handelt sich um ein Konzept zur Entwicklung der gemeindeintegrierter psychiatrischen Versorgung in der Stadt Magdeburg nach dem Stadtratsbeschluss Nr. 293-18(II)95 und der Organisation und Arbeitsweisen der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft nach dem Stadtratsbeschluss Nr. 1139-55(II)97). Der mit der Anlage 1 dieser Drucksache eingebrachte „Bericht der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG) Magdeburg zur gemeindeintegrierten psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg 2016“ ist die fünfte Berichtseinbringung zur Weiterentwicklung der gemeindeintegrierten psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in der Landeshauptstadt Magdeburg und nimmt Bezug auf die Berichterstattung 2010. Es handelt sich um eine Fortschreibung des Vorgängers. Herr Dr. Gottschalk führt an, dass die Stadt in der psychiatrischen Versorgung eine andere Rolle einnehmen sollte und mehr Verantwortung übernehmen müsste um die bestehenden Defizite zu beseitigen. Die Versorgung soll nicht hauptsächlich von Dritten gesteuert und durchgeführt werden, sondern viel kommunaler gestaltet werden. Herr Dr. Gottschalk findet den Bericht der PSAG sehr gut und bittet diesen zur Kenntnis zu nehmen. Weiter führt er an, dass im 4. Quartal 2018 die Infrastruktur hierfür schon viel besser und zielgerichteter laufen soll. Herr Dr. Hildebrand gibt den Hinweis, dass man Frau Dr. Dietrich aus der Arbeitsgruppe Demenz erlauben sollte im Namen des Seniorenbeirats mitarbeiten zu dürfen. Stadtrat Westphal stellte die Frage, welche Pflicht sich aus der

Drucksache für die Stadt ergibt. Stadtrat Hausmann bringt die Anregung, dass schon bei Schulkindern Verhaltensauffälligkeiten zu erkennen sind und dass dies auch schon früh beobachtet werden können. Er stellt die Frage, ob sich bei der Planung auch Schulseelsorger befinden, da dies sehr wichtig sei. Stadträtin Zimmer will, dass die Vernetzung zwischen den einzelnen Institutionen der psychiatrischen und psychosozialen Einrichtungen besser gestaltet wird. Um die Kommunikation und Problemlösung schneller bewältigt werden kann. Herr Dr. Gottschalk sagt, dass die Stadt verpflichtet ist sich um die Psyche der Bürger im Schutz des Einzelnen und der Allgemeinheit zu kümmern. Leider zwingen die hohen Kosten die Stadt auf private Unterstützung zurück zu greifen, da bei weitem nicht alle Kosten gedeckt werden können. Gast Schmidt äußert, dass schon in der Schuleingangsphase ein psychologischer Check finanziell lohnt und in den ersten 3 Schuljahren eine Diagnostik durchzuführen ist, da später die Kosten über den Jugendhilfeauftrag vom Jugendamt für die Eingliederungshilfe auf die Stadt zu kommen und dann der Heilungsprozess sich schwieriger gestaltet. Stadtrat Hausmann findet die frühe Schuldiagnostik sehr gut. Herr Pischner äußert, dass es sehr bedauerlich ist, dass derzeit die Stadt so wenig Einfluss auf das Geschehen hat. Stadtrat Boxhorn findet, dass die Stadt sich mehr um Kinderförderung kümmern sollte, dass schon früh die Diagnostik stattfinden soll begrüßt er. Frau Ronstedt findet, dass in dem Bericht der PSAG (Anlage 1) wenige Bedarfsempfehlungen genannt sind. Des Weiteren findet sie, dass konkrete Zahlen fehlen um zu wissen, wie man am besten handelt. Herr Dr. Gottschalk legt dem Ausschuss nochmal einmal nahe die Drucksache zu empfehlen. Daraufhin fordert Stadträtin Keune den GeSo zur Abstimmung auf.

Der Drucksache 0310/16 wird mit der Abstimmung: 5-0-1 zugestimmt.

Die DS wird dem Stadtrat empfohlen.

6. Informationen

- 6.1. Entwicklung der Leistungen für Unterkunft und Heizung (KdU) gemäß § 22 Abs. 1 SGB II, Umzugskosten gemäß § 22 Abs. 6 SGB II und einmaliger Beihilfen gemäß § 24 Abs. 3 SGB II; Stichtag 30.06.2016
Vorlage: I0225/16
-

Frau Schulz berichtet über die Information 00225/16. Für das Haushaltsjahr 2017 wurden 69.800.000 € Aufwendungen eingestellt. Bis zum 30.06.2016 wurden davon 33.701.298,72 € gebraucht, was im Vergleich zum Vorjahr den bisherigen Aufwand um 1.000.000,00 verringert. Die Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften hat sich verkleinert trotz der gestiegenen Migration, doch die Kosten je Bedarfsgemeinschaft steigen. Hier schlagen die steigenden Mieten und Mietnebenkosten nieder. Die Umzugskosten sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 50.000.00 € gestiegen, dies ist vor allem auf den Anstieg der Anzahl der leistungsberechtigten Flüchtlinge zurückzuführen. Bei den Leistungen für Erstausrüstung für Wohnung, für Erstausrüstung für Bekleidung sowie bei Schwangerschaft und Geburt sind die Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 600.000,00 € gestiegen. Die Mehrausgaben lassen sich hauptsächlich auf die Erstausrüstung für Wohnung beziehen und sind dem Anstieg für leistungsberechtigte Flüchtlinge geschuldet. Des Weiteren führt Frau Schulz aus, dass die Kosten in Zukunft noch weiter steigen werden.

7. Berichterstattung aus dem Arbeitskreis für Seniorenfragen und
Altenplanung

Stadträtin Keune berichtet, dass im Arbeitskreis für Seniorenfragen und Altenplanung auch die DS0309/16 besprochen wurde. Der Arbeitskreis ist ebenfalls der Ansicht, dass der Seniorenbeirat im Prozess des Seniorenpolitischen Konzeptes mit zu beteiligen ist.

8. Verschiedenes

Da die DS0133/16/2 noch nicht vom Stadtrat beschlossen wurde, soll es dazu eine Sondersitzung geben, in der die Träger eingeladen und angehört werden. Der Ausschuss verständigt sich auf den Tag der nächsten Ausschusssitzung am 19.10.2016 um 16:00 Uhr.

Kornelia Keune
Vorsitzende

Jens Lukassek
Schriftführer